Statistikbereich 18
Öffentliche Finanzen

Die statistischen Informationen zu den öffentlichen Finanzen der Schweiz werden von der Sektion Finanzstatistik der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) erarbeitet. Die Finanzstatistik (FS) schafft eine Gesamtübersicht über die finanzielle Situation von Bund, Kantonen, Gemeinden und öffentlichen Sozialversicherungen gemäss den Rechnungslegungsstandards (FS-Modell), dem Government Finance Statistics Manual 2014 (GFSM 2014) des Internationalen Währungsfonds und dem Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010) der Europäischen Union. Die Finanzstatistik dient als Datenbasis für zahlreiche finanzpolitische Analysen sowie als Entscheidungsgrundlage für Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

DATENQUELLEN

Die Finanzstatistik baut auf den Finanzbuchhaltungen der öffentlichen Gemeinwesen (Bund, Kantone, Gemeinde und öffentliche Sozialversicherungen) und der von ihnen kontrollierten Institutionen (z. B. Körperschaften, Konkordate, Zweckverbände, Anstalten, Sonderrechnungen, Fonds usw.) auf. Diese verwenden für ihre Finanzberichterstattung teilweise unterschiedliche Rechnungslegungsmodelle. Eine wichtige Aufgabe der Finanzstatistik ist, diese Differenzen zu reduzieren und eine harmonisierte Statistik zu produzieren.

Zusätzlich zu den Daten des FS-Modells werden im GFS-Modell der Finanzstatistik auch externe Datenreihen anderer Datenproduzenten verwendet. Dazu gehören Zeitreihen des BFS, der SNB, sowie des SECO.

Die Daten für das Jahr 2022 sind noch nicht definitiv.

EINORDNENDE INFORMATIONEN

Themenfeld **Wirtschaft und öffentliche Finanzen** → S. 105

Das Wichtigste in Kürze

Öffentliche Finanzen der Schweiz nach nationalen Richtlinien (FS)

Die Covid-19-Pandemie löste 2020 eine schwere Wirtschaftskrise aus, die tiefe Spuren in den öffentlichen Finanzen hinterliess. Die Staatsausgaben stiegen erheblich an, um Einkommen zu stützen, Arbeitsplätze zu erhalten und Gesundheitsmassnahmen zu finanzieren.

Die Gesamtausgaben stiegen zwischen 2012 und 2022 um 21,1%, was vor allem auf die höheren Ausgaben für soziale Sicherheit und Bildung zurückzuführen ist. Die Jahre 2020 und 2021 waren ausgabenseitig geprägt durch die Covid-Krise, was zu einer starken Ausgabenerhöhung in den Bereichen soziale Sicherheit, Gesundheit und Wirtschaft führte. Im Verlauf des Jahres 2022 und mit dem Ende der Corona-Pandemie verbesserte sich die Lage der öffentlichen Finanzen der Schweiz deutlich. Nicht voll ausgeschöpfte Mittel zur Abfederung der Pandemie, solides Wachstum der Steuereinnahmen der Kantone und höhere Einnahmen der Sozialversicherungen trugen zur positiven Entwicklung der Staatsfinanzen bei. Im FS-Modell wird ein Überschuss von 6,8 Milliarden Franken erwartet, hauptsächlich dank der positiven Finanzierungssaldi der Kantone und Sozialversicherungen.

Den nationalen Daten aus der Finanzstatistik (FS) zufolge ist die Staatsverschuldung seit 2020 aufgrund der zusätzlichen Ausgaben im Zusammenhang mit der Pandemie gestiegen.

Öffentliche Finanzen der Schweiz im internationalen Vergleich (GFS)

Seit 2022 hat sich der Saldo der Schweiz wieder im positiven Bereich bewegt, im Gegensatz zu den OECD-Ländern und der Eurozone. Im Vergleich zu 2020 haben sich allerdings auch die Saldi der USA, der OECD und der Länder der Eurozone deutlich verbessert.

Die Ausgaben für soziale Sicherheit und Bildung sind in der Schweiz relativ hoch gegenüber den Ländern der OECD und des Euroraums. Die Gesundheitsausgaben sind dagegen aufgrund des hohen Anteils der privaten Finanzierung des Schweizer Gesundheitssystems vergleichsweise niedrig.

Zusammenfassend hatte die Covid-19-Pandemie 2020–2021 einen erheblichen Einfluss auf die öffentlichen Finanzen der Schweiz. Als Folge der Pandemie stiegen die Ausgaben zur Unterstützung der Wirtschaft und des Gesundheitswesens an, was zu einer höheren Verschuldung führte. Im Jahr 2022 ist die Nettoschuldenquote für die meisten Länder niedriger als 2021. Dies ist vor allem auf rückläufige Stabilisierungsmassnahmen aufgrund der Corona-Krise und auf die Wirtschaftserholung zurückzuführen.

	2000	2010	2019	2020	2021	2022
FS-Modell, in Millionen Fr.						
Einnahmen Staat	**165 541**	**195 428**	**232 441**	**233 058**	**242 919**	**251 803**[e]
Bund	53 116	64 742	76 960	74 132	78 076	79 253
Kantone	63 160	77 478	94 006	95 945	104 777	106 731
Gemeinden	42 062	42 708	49 574	49 679	51 609	53 655[e]
Sozialversicherungen	44 949	54 449	64 708	79 394	74 434	72 588
Ausgaben Staat	**153 722**	**192 853**	**224 920**	**252 039**	**249 645**	**245 008**[e]
Bund	49 324	61 604	72 159	89 257	89 322	82 163
Kantone	60 315	76 261	91 354	100 822	101 740	102 357
Gemeinden	40 594	43 116	50 183	50 956	51 807	53 342[e]
Sozialversicherungen	41 568	55 821	64 031	77 097	72 755	67 570
Finanzierungsergebnis Staat	**11 819**	**2 575**	**7 521**	**−18 981**	**−6 726**	**6 795**[e]
Bund	3 792	3 138	4 801	−15 125	−11 246	−2 910
Kantone	2 844	1 217	2 653	−4 877[1]	3 038	4 373
Gemeinden	1 468	−408	−609	−1 276	−198	314[e]
Sozialversicherungen	3 382	−1 372	677	2 298	1 679	5 018
Sektor Staat: GFS-Modell, in % des Bruttoinlandprodukts						
Defizit- / Überschussquote	0,3%	0,4%	1,3%	−3,1%	−0,3%	1,2%[e]
Fiskalquote	27,1%	25,9%	27,7%	28,0%	28,1%	27,0%[e]
Einnahmenquote	32,5%	31,8%	33,3%	34,0%	34,2%	33,1%[e]
Staatsquote	32,2%	31,4%	32,0%	37,0%	34,5%	31,9%[e]
Schuldenquote (Maastricht)	43,7%	29,2%	25,6%	28,2%	27,1%	26,2%[e]
Nettoschuldenquote (IWF)	32,2%	22,0%	17,3%	20,5%	19,1%	16,2%[e]

[e] Schätzungen
1 Dieses Defizit ist nicht hauptsächlich auf die mit Covid-19 verbundenen Ausgaben zurückzuführen, sondern vielmehr auf die Rekapitalisierung der Pensionskasse des Kantons Genf im Jahr 2020.

Statistikverzeichnis

Die Statistiken in diesem Bereich stammen von der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV). Die nächsten Seiten präsentieren eine Auswahl an statistischen Daten und Visualisierungen. Detailliertere und laufend aktualisierte Informationen finden Sie auf den Onlineportalen der EFV **www.efv.admin.ch** und des BFS **www.statistik.ch**.
Hier im Statistikbereich Öffentliche Finanzen sind die folgenden Rubriken und Inhalte zu finden:

RUBRIK 18A
Öffentliche Finanzen der Schweiz nach nationalen Richtlinien (FS)

Finanzierungsergebnis • Finanzierungsrechnung des Gesamtstaats
Einnahmen und Ausgaben nach Art • Ausgaben nach Funktion
Ausgaben für Massnahmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie
und dem Ukraine-Krieg • Staatsbilanz • Schulden → S. 343

RUBRIK 18B
Öffentliche Finanzen der Schweiz im internationalen Vergleich (GFS)

Staatliche Gesamtausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt (Staatsquote)
Einnahmenquote • Staatsausgaben nach Funktion
Fremdkapitalquote • Nettoschuldenquote → S. 346

Die **nationale Vergleichbarkeit** wird mit dem **FS-Modell** sichergestellt, das auf dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell der Kantone und Gemeinden (HRM2) basiert und sich damit an die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) anlehnt.

Die **internationale Vergleichbarkeit** der Schweizer Finanzstatistikdaten wird durch das **GFS-Modell** gewährleistet, in welchem der finanzstatistische Standard des Internationalen Währungsfonds umgesetzt ist.

Öffentliche Finanzen der Schweiz nach nationalen Richtlinien (FS)

Finanzierungsergebnis

In den Jahren 2014–2019 verbesserten sich sowohl das ordentliche Ergebnis des Staats als auch das Ergebnis der ausserordentlichen Einnahmen und Ausgaben tendenziell. Die Corona-Pandemie führte zur grössten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten und hinterliess 2020 tiefe Spuren in den Finanzen der öffentlichen Haushalte.

Aufgrund der stark gestiegenen Ausgaben in den Teilsektoren Bund, Sozialversicherungen sowie Kantone und der hohen Steuerausfälle beim Bund (v. a. bei der Verrechnungssteuer) ergab sich im Finanzierungsergebnis des Gesamtstaats 2020 ein Defizit von 19 Milliarden Franken. Ein Grossteil der Mehrausgaben diente dazu, die Einkommen zu stützen und Arbeitsplätze zu erhalten (z. B. Erwerbsersatz- und Kurzarbeitsentschädigung) sowie gesundheitliche Massnahmen zu finanzieren (z. B. Beschaffung von Sanitätsmaterial und Corona-Tests). Trotz höherer Steuereinnahmen resultierte aus den verschiedenen Massnahmen im Jahr 2021 ein Defizit von 6,7 Milliarden Franken für den Gesamtstaat.

2022 IM ZEICHEN DER WIRTSCHAFTLICHEN VERBESSERUNG

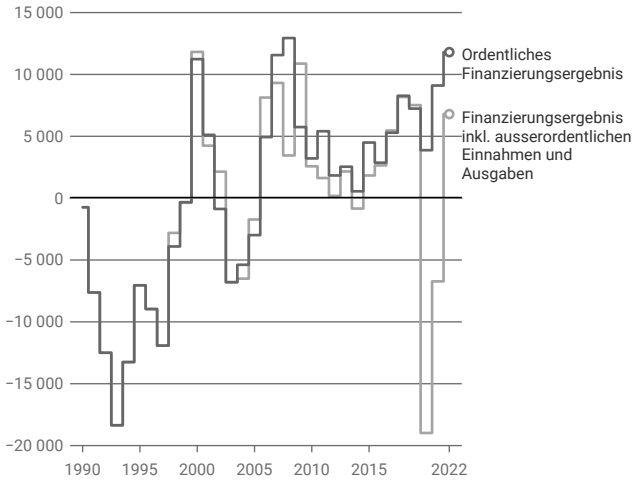
Die Lage der Schweizer Wirtschaft hat sich 2022 mit dem Ende der Corona-Pandemie deutlich verbessert. Nicht vollständig ausgeschöpfte Mittel zur Abfederung der Corona-Pandemie sowie das solide Wachstum der Steuereinnahmen bei den Kantonen – die einen positiven Finanzierungssaldo von 4,4 Milliarden Franken aufwiesen – und die geringeren Ausgaben und höheren Einnahmen der Sozialversicherungen (mit einem positiven Saldo von 5,0 Milliarden Franken) tragen wesentlich zur günstigen Entwicklung des Ergebnisses des Sektors Staat bei. Im Gegensatz dazu schliessen die Teilsektoren Bund mit einem negativen Finanzierungsergebnis von −2,9 Milliarden Franken ab. Das Finanzergebnis der Gemeinden wird auf 0,3 Milliarden Franken geschätzt. So wird im FS-Modell für den Gesamtstaat ein Überschuss von 6,8 Milliarden Franken erwartet.

Einnahmen und Ausgaben

EINNAHMEN NACH ART

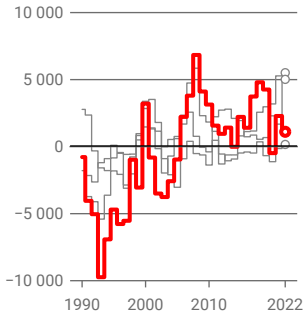
Von 2011 bis 2021 stiegen die Staatseinnahmen um 40,6 Milliarden Franken auf 250 Milliarden, was einer Zunahme von 20,1% entspricht. Von den Gesamteinnahmen in der Höhe von 243 Milliarden Franken im Jahr 2021 machten die Steuern – als wichtigste Finanzierungsquelle des Staats – einen Anteil von 84,3% aus. Die Einnahmen aus den direkten Steuern der natürlichen Personen machten 2021 mit 30% den grössten Anteil an den Gesamteinnahmen aus. An zweiter Stelle stehen die

Finanzierungsergebnis
Sektor Staat (Total), in Millionen Franken

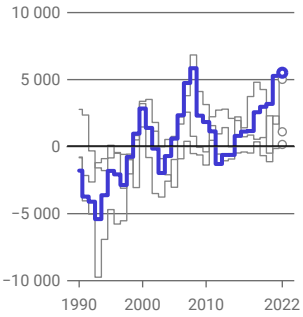


Ordentliches Finanzierungsergebnis
In Millionen Franken

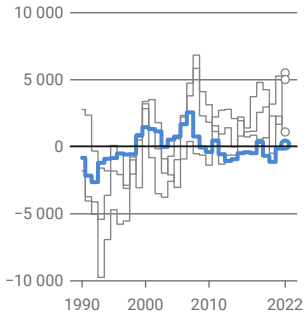
Bund



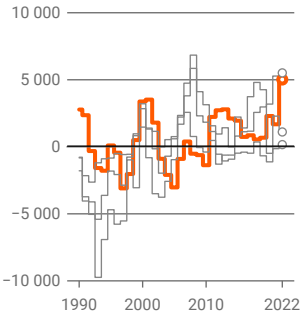
Kantone



Gemeinden



Sozialversicherungen



Sozialversicherungsbeiträge der Versicherten und Arbeitgeber, die im Jahr 2021 insgesamt 50,7 Milliarden Franken bzw. 20,9% der Gesamteinnahmen generierten. Auf die beiden genannten Haupteinnahmekategorien entfällt seit 2011 rund die Hälfte der Einnahmen des Staatssektors.

AUSGABEN NACH ART

Die meisten Mittel des Staatssektors flossen via Transferausgaben an andere Wirtschaftssektoren (Unternehmen, Haushalte). So auch die Ausgaben für die in der Corona-Krise ergriffenen Massnahmen, die 2021 hauptsächlich als ausserordentliche Transferzahlungen den krisenbetroffenen Unternehmen, Arbeitnehmenden und Selbstständigerwerbenden zugutekamen. Von 2011 bis 2021 legten die ordentlichen Transferausgaben um 24,8 Milliarden Franken zu, was 49,6% der Gesamtausgaben im Jahr 2021 entsprach. Sie sind gemessen an den Gesamtausgaben die grösste Ausgabenrubrik.

Der zweitgrösste Posten sind die Personalausgaben, die im Jahr 2021 insgesamt 22,4% der Gesamtausgaben ausmachen. Innerhalb von zehn Jahren sind die Personalausgaben um 9,5 Milliarden Franken gestiegen, was einem Anstieg von 20,5% entspricht.

AUSGABEN NACH FUNKTION

Die Gesamtausgaben beliefen sich im Jahr 2021 auf 250 Milliarden Franken; gegenüber 2011 nahmen sie um rund 49 Milliarden Franken (bzw. um +24,4%) zu. Auf die Aufgabenbereiche soziale Sicherheit und Bildung entfielen 2021 40,6% bzw. 16,6% der Gesamtausgaben des Sektors Staat.

Im Bereich der sozialen Sicherheit nahmen die ordentlichen Ausgaben zwischen 2011 und 2021 um 19,1 Milliarden auf 101,5 Milliarden Franken zu. Dies entspricht einem Anstieg um 25,1%, er zeigt sich mehrheitlich in der Erhöhung der Ausgaben an die Alters- und Hinterlassenenversicherung. So wuchsen die ordentlichen Ausgaben für «Alter + Hinterlassene» in diesem Zeitraum um 9,5 Milliarden auf 51,4 Milliarden Franken. Die ausserordentlichen Ausgaben betrugen im Jahr 2021 insgesamt 6,3 Milliarden Franken und waren vorwiegend für Kurzarbeitsentschädigungen infolge der Covid-19-Pandemie bestimmt.

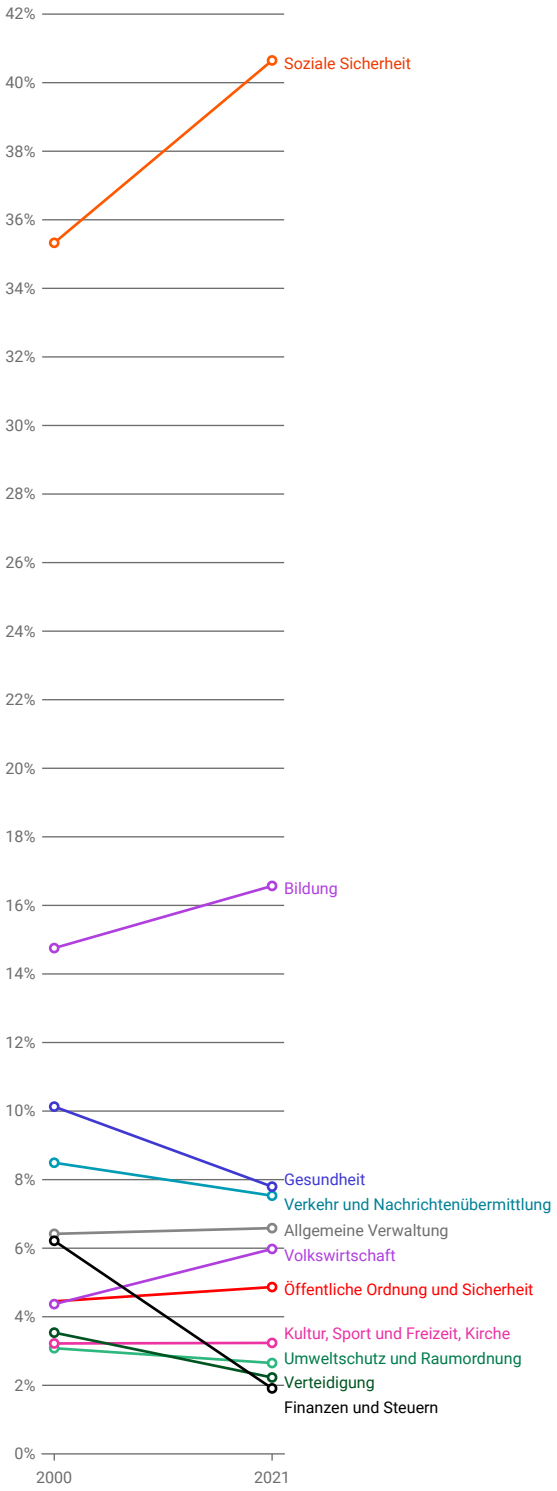
Die Bildung stellt den zweitgrössten Ausgabenbereich in der funktionalen Gliederung dar. 2021 gab der Staat 41,4 Milliarden Franken für Bildung aus. Die ordentlichen Bildungsausgaben stiegen seit 2011 um 7,6 Milliarden Franken oder 22,5%. Die höchsten Zunahmen im Zehnjahresvergleich verzeichneten dabei die Rubriken obligatorische Schule (+4,0 Milliarden), Hochschulen (+1,7 Milliarden) und Forschung (+0,8 Milliarden).

PANDEMIE UND UKRAINE-KRIEG

Die Ausgaben des Bundes im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie machten für das Jahr 2021 15,4% und 2022 4,3% der Totalausgaben aus. Bei den Kantonen lag der Anteil hingegen bei 6,8% im Jahr 2021 und 2,0% im Jahr 2022. Der Anteil der aufsummierten pandemiebedingten Ausgaben des Bundes und der Kantone an den Totalausgaben des Gesamtstaats betrug dabei 6,7% im Jahr 2021 und 2,2% im Jahr 2022.

Ausgaben nach Funktion

Sektor Staat, Anteil an den Gesamtausgaben



18

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Grafiken, Tabellen und mehr zu diesem Thema herunterladen

Quellen

Diagramme und Karte S. 343–345 EFV – Finanzstatistik

Aktuellste Daten

März 2024

Während 2020 eine Mehrheit der pandemiebedingten Ausgaben für die soziale Sicherheit beim Bund (13 Milliarden Franken), bzw. die Gesundheit bei den Kantonen (1,5 Milliarden Franken), gebunden waren, spielten 2021 bei den Kantonen auch die kantonalen Härtefallmassnahmen an Unternehmen im Aufgabenbereich Volkswirtschaft (4,8 Milliarden Franken) eine wichtige Rolle. Die Ausgaben im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine betrugen auf Bundesebene im Jahr 2022 rund 0,7 Milliarden Franken.

Bilanz und Verschuldung

Ende 2021 beliefen sich die Aktiven der Staatsbilanz auf insgesamt 492 Milliarden Franken; dies sind 19,6 Milliarden (4,1%) mehr als Ende 2020. Im Zehnjahresvergleich nahm die Bilanzsumme um 191,5 Milliarden Franken zu. Dieser starke Anstieg lässt sich zu einem grossen Teil den Aufwertungen der Aktiven durch die Kantone und Gemeinden beim Übergang zum neuen Harmonisierten Rechnungslegungsmodell (HRM2) zuschreiben.

Gemäss den definitiven Zahlen der Finanzstatistik betrug das Fremdkapital des Staatssektors Ende 2021 insgesamt 333,9 Milliarden Franken. Im Vorjahresvergleich nahm es um 16,3 Milliarden und im Zehnjahresvergleich um 68,6 Milliarden Franken (+25,9%) zu. Für die Veränderung innerhalb der zehn Jahre war primär die Erhöhung der langfristigen Rückstellungen verantwortlich, die um rund 25 Milliarden Franken (+111,2%) über dem Wert von Ende 2011 lagen.

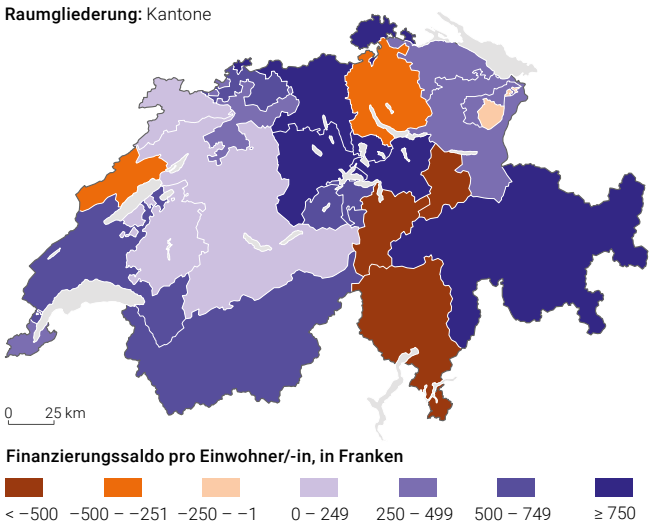
Der starke Eigenkapitalanstieg beim Gesamtstaat schliesslich kam aufgrund der guten Ergebnisse und aufgrund von Anpassungen mit dem Wechsel auf HRM2 zustande. Gegenüber 2011 nahm das Eigenkapital um 122,8 Milliarden Franken zu.

VERSCHULDUNG

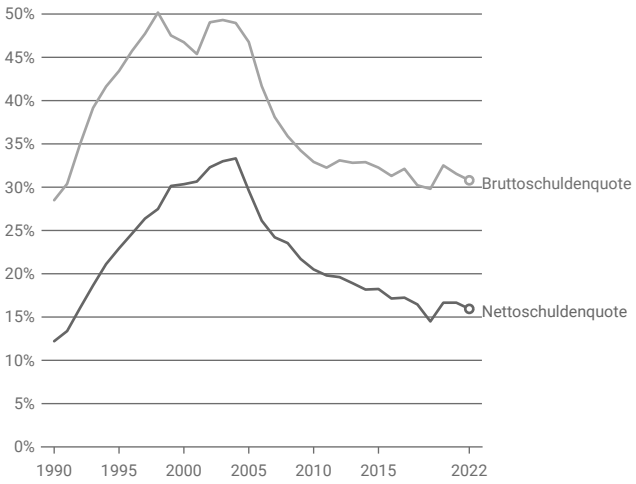
Die nominalen Bruttoschulden stiegen Anfang der 1990er-Jahre in hohem Tempo und erreichten 2004 mit 245,9 Milliarden Franken einen Höchstwert. 2004 begannen die Bruttoschulden zu sinken – nominal und in Prozent des BIP –, dank einer günstigen Wirtschaftslage, der Einführung der Schuldenbremse beim Bund und «Fiskalregeln» in manchen Kantonen und Gemeinden. Dieser Trend hielt bis 2011 an und verlangsamte sich dann deutlich. Zwischen 2012 und 2019 stabilisierten sich die Bruttoschulden bei 215 Milliarden Franken.

Ab 2020 erhöhten die öffentlichen Haushalte in der Folge die Brutto- und Nettoschulden deutlich, um die pandemiebedingten Mehrausgaben zu finanzieren. Diese Mehrausgaben des Bundes und der Kantone wurden einerseits mit Mitteln des Finanzvermögens finanziert, anderseits über Finanzverbindlichkeiten (Geldmarktbuchforderungen und Anleihen) gedeckt. Mit dem Ende der Corona-Pandemie hielt die Nettoverschuldung im Jahr 2022 in etwa das Niveau von 2021.

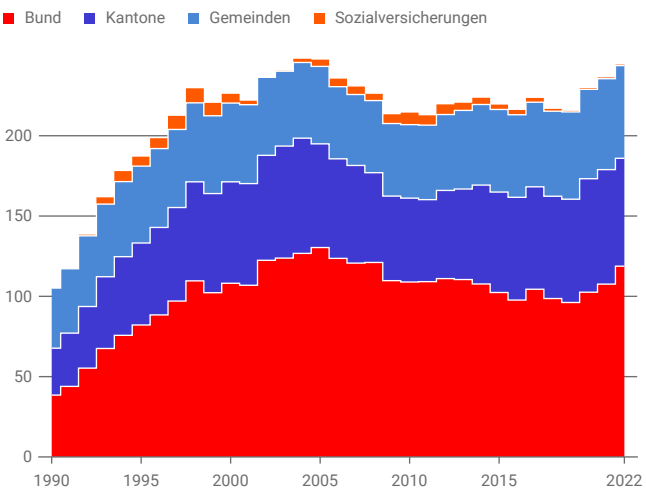
Finanzierungssaldo pro Kopf, 2021
Kantone inklusive Gemeinden



Schuldenentwicklung
Sektor Staat
Im Verhältnis zum nominellen Bruttoinlandprodukt



Schuldenentwicklung
In Milliarden Franken, Bruttoschulden



Öffentliche Finanzen der Schweiz im internationalen Vergleich (GFS)

Zu Zwecken der internationalen Vergleichbarkeit werden die Finanzen der öffentlichen Haushalte auch nach den Richtlinien des Internationalen Währungsfonds (IWF) veröffentlicht.

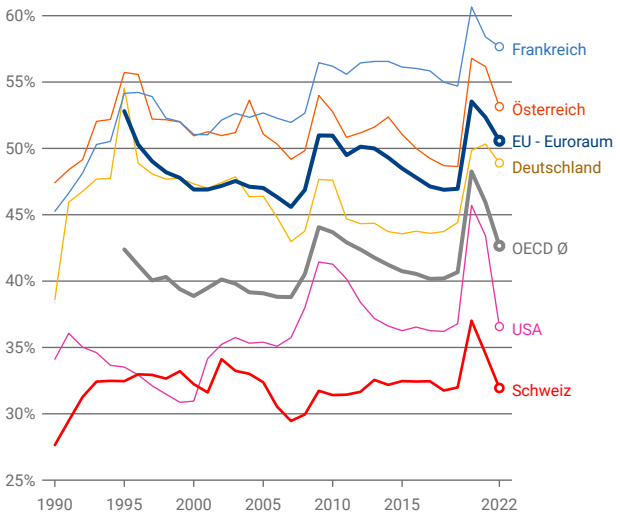
Die Covid-19-Pandemie führte im Jahr 2020 zu Rekorddefiziten in den Finanzen der öffentlichen Haushalte. Im Vergleich mit den Ländern der OECD und im Euroraum fiel das Defizit in der Schweiz geringer aus. Seit 2022 bewegt sich der Saldo der Schweiz wieder im positiven Bereich, wobei sich auch die Saldi der USA, der OECD und der Länder des Euroraums gegenüber 2020 deutlich verbessert haben.

Im Jahr 2021 nahm die Einnahmenquote der Länder des Euroraums (+0,6 Prozentpunkte) und der OECD (+0,6 Prozentpunkte) leicht zu. Das Wachstum war vor allem auf die wirtschaftliche Erholung infolge der Lockerungen der Pandemie-Massnahmen zurückzuführen. Dabei stiegen die Einnahmen noch stärker als das Wirtschaftswachstum. In den USA erhöhte sich deswegen die Einnahmenquote von 30,8% auf 31,8% des BIP. Auch Deutschland (+1,2 Prozentpunkte) und Österreich (+1,6 Prozentpunkte) verzeichneten einen Anstieg. Für die Schweiz nahm die Quote um 0,3 Prozentpunkte zu.

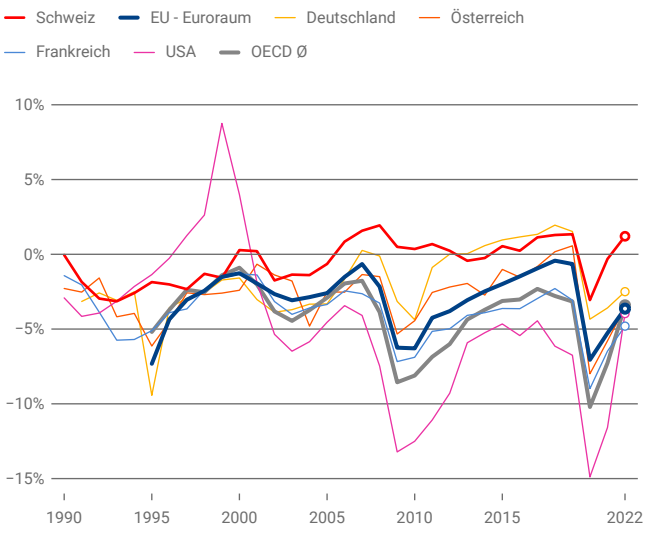
Im Jahr 2022 zeigten sich unterschiedliche Entwicklungen in der Einnahmenquote. Im Durchschnitt sanken die Einnahmenquoten der Länder im Euroraum um 0,1 Prozentpunkte, wohingegen sie bei der OECD im Durchschnitt um 0,6 Prozentpunkte anstieg. Deutschland und Österreich verzeichneten bei der Einnahmenquote einen Rückgang um 0,3 bzw. 0,8 Prozentpunkte. Auch in der Schweiz nahm die Einnahmenquote ab: Sie sank um 1,1 Prozentpunkte auf 33,1%. Der Hauptgrund dafür ist der vergleichsweise starke Anstieg des BIP um 5,1% gegenüber den Einnahmen in diesem Zeitraum. Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich in Deutschland und Österreich, wo das BIP um 7,2% respektive 10,4% anstieg.

Im Jahr 2020 und 2021 beliefen sich die staatlichen Gesamtausgaben im Euroraum (17 Länder) auf 53,5 respektive 52,3% des BIP. Gegenüber 2019 nahmen sie um 6,6 beziehungsweise 5,4 Prozentpunkte zu. Diese Erhöhung ist auf die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie zurückzuführen. Für die Schweiz erhöhte sich die Staatsquote um 5,0 und 2,5 Prozentpunkte, wenn man 2020 und 2021 mit der Staatsquote von 2019 vergleicht. Nach einem Höchstwert von 37,0% betrug sie Ende 2021 noch 34,5% des BIP und ging danach aufgrund der wirtschaftlichen Erholung 2022 weiter zurück auf 31,9%. Sie liegt damit wieder auf dem Stand von vor der Pandemie.

Entwicklung der Staatsquoten
Im Verhältnis zum nominellen Bruttoinlandprodukt



Finanzierungssaldo
Im Verhältnis zum nominellen Bruttoinlandprodukt



STAATSAUSGABEN NACH AUFGABENBEREICH (COFOG)

Wie in der Schweiz stehen die Staatsausgaben für soziale Sicherheit auch auf internationaler Ebene an erster Stelle. In der Schweiz betrug 2021 der Anteil für soziale Sicherheit an den Gesamtausgaben 39,7%, er lag damit leicht unter dem Durchschnitt des Euroraums. Im Jahr 2021 entfiel ungefähr die Hälfte (47,7%) der Gesamtausgaben auf die beiden Aufgabengebiete soziale Sicherheit und Gesundheit.

Ein frappanter Unterschied zwischen der Schweiz und den Vergleichsländern zeigt sich bei den Gesundheitsausgaben. Der Gesundheitsbereich war 2021 im Euroraum der zweitgrösste Ausgabeposten der öffentlichen Haushalte, in der Schweiz lag er an fünfter Stelle. Das erklärt sich dadurch, dass das Gesundheitssystem in vielen europäischen Ländern über öffentliche und nicht wie in der Schweiz über private Haushalte finanziert ist. In Relation zu den Gesamtausgaben betrug im Euroraum im Jahr 2021 der durchschnittliche Ausgabenanteil für den Gesundheitsbereich 15,8 %, im Jahr 1995 waren es noch 11,3%. In Deutschland betrug im Jahr 2021 der Anteil 17,1% und in der Schweiz 8,0%. In Relation zur Wirtschaftsleistung gaben die USA weit mehr für die Gesundheit aus (10,1% des BIP) als jedes andere OECD-Land (7,4% des BIP im Durchschnitt).

Für Bildung und Erziehung gaben die öffentlichen Haushalte der Schweiz 2021 insgesamt 14,6% der Gesamtausgaben aus. Im Vergleich mit den Staaten der OECD (11,1%) und des Euroraums (9,0%) lag dieser Ausgabenanteil deutlich über dem Durchschnitt.

VERSCHULDUNG

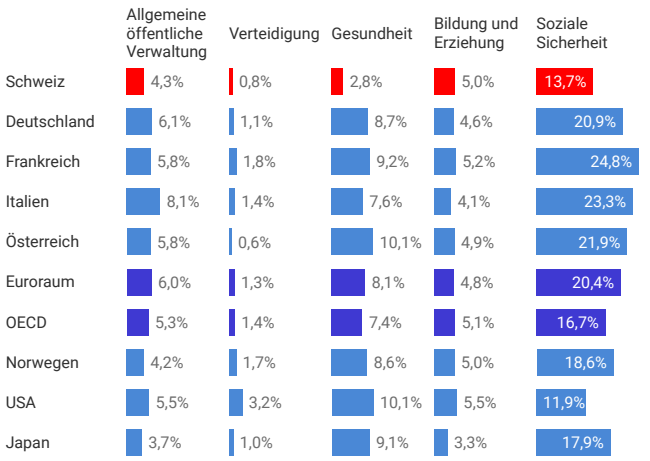
2021 sank die Fremdkapitalquote in vielen Staaten, nachdem die Quote im Jahr 2020 bedingt durch die Stabilisierungsmassnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Konsequenzen der Corona-Pandemie massiv angestiegen war. In den Ländern des Euro- und des OECD-Raums sank die Fremdkapitalquote um 6,4 und 5,9 Prozentpunkte, in den USA gar um 6,9 Prozentpunkte und in der Schweiz um 2,2 Prozentpunkte.

Die Nettoschuldenquote der Schweiz sank seit ihrem Höchststand von 39,4% des BIP Ende 2004 auf 17,3% des BIP Ende 2019. Auch in den Jahren nach der Finanzkrise nahm die Nettoschuldenquote ab, während sie in den anderen abgebildeten Ländern und Länderdurchschnitten stark anstieg und in den Folgejahren relativ konstant blieb; einzig in Deutschland war sie ab 2013 bis zur Covid-19-Pandemie rückläufig.

Wegen des hohen Finanzierungsbedarfs für die Stabilisierungsmassnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise stiegen die Nettoschulden im Jahr 2020 für die meisten Länder kräftig an. 2021 reduzierten sich die Nettoschulden geringfügig, und seither sind sie tendenziell wieder rückläufig. 2022 lag die Nettoschuldenquote für die meisten Länder niedriger als 2021. Dies ist vor allem auf rückläufige Stabilisierungsmassnahmen zur Pandemiebewältigung und auf die Wirtschaftserholung zurückzuführen. In der Schweiz betrug die Nettoschuldenquote 2022 16,2%, während sie im Euroraum auf 75,3% und im Durchschnitt der OECD auf 48,2% zu liegen kam.

Staatsausgaben nach Funktion, 2021

Anteil am Bruttoinlandprodukt



WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Grafiken, Tabellen und mehr zu diesem Thema herunterladen

	Quellen	Aktuellste Daten
Diagramme S. 346	EFV – Finanzstatistik der Schweiz; IWF GFS Datenbank fortgeschrieben und ergänzt mit OECD Economic Outlook 114	März 2024 OECD: Nov. 2023
Diagramm S. 347	EFV – Finanzstatistik der Schweiz; IWF-GFS; Eurostat-Tabelle 10a EU, Eurozone, Datenstand; OECD: Durchschnitt aller aktuellen Mitgliedsstaaten (eigene Berechnung)	März 2024 EU: Feb. 2024